

# Correspondent.

Erscheint:

Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delbrücke Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerumträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 30.

Sonnabend den 11. Februar.

1893.

## Der gebildete Arbeiter.

Im Laufe der Reichstagsdebatten über die Bekämpfung des sozialistischen Zukunftsstaats, die sich eines geradezu überschwänglichen Interesses auch in den nichtsozialistischen Kreisen erfreuten, hat der Abg. Bebel die Verlegenheitsrede gebraucht, daß von den jetzigen Bildungszuständen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung nicht auf die Zukunft geschlossen werden könne; nach Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung würde die Welt staunen über die Bildungsfähigkeit des Arbeiters. Er wollte damit die Ausführungen der Gegner widerlegen, daß die Einrichtungen, wie er sich dieselben unter der Herrschaft der Arbeiter vorstelle, der Natur des Menschen widersprehen. Nun zweifelt allerdings Niemand daran, daß die Arbeiter einer wesentlich besseren und umfassenderen Bildung fähig sind und auch bedürfen als diejenige ist, die ihnen in der Regel zu Theil wird. Aber daß darin bis zum Jahre 1898 oder etwas später, d. h. bis zu dem nach Ansicht der Bebel u. Gen. unvermeidlichen Zusammenbruch des bestehenden Staats ein großartiger Umschwung eintreten werde, ist mehr, als für verständige Menschen faßbar ist. Jedenfalls sollten die Führer der Partei, wenn sie wirklich die geistige und sittliche Ausbildung des Arbeiters zu fördern gewillt sind, in Zukunft andere Wege einschlagen, als sie bisher gegangen sind. Es ist ja an sich anzuerkennen, daß die Arbeiter vielfach sich mit einer gewissen Leidenschaft auf diejenigen Schriften werfen, die ihnen ein Bild von den Fortschritten der Naturwissenschaften, der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands und der anderen Völker bieten. Aber es geht ihnen, wie einem Menschen, der nicht schwimmen gelernt hat und unversehens in's Wasser geworfen wird. Der Strom des Wissens schlägt über ihren Köpfen zusammen. Unter Bildung versteht man doch etwas Anderes, als ein Zusammentragen von mühsam aufgerissenen Broden aus diesem oder jenem Buche oder eine nothdürftige Kenntniss der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch wer nicht schwimmen kann, wird sich vielleicht nothdürftig über Wasser halten; aber schwimmen lernen wird er nur allmählich und nur dann, wenn er noch die Bewegungen erlernt und übt, mittels deren er den Körper im Wasser zu bewegen vermag. Auch die intelligenten Arbeiter werden über die nothdürftige Halbbildung nicht hinauskommen, wenn sie nicht mehrheitlich die Denkfähigkeit und das Gedächtniß geübt haben. Vollends bedauerlich aber wird der Unwille von Ideen, welche sich in dem Kopfe eines Arbeiterdritten anhäufen, wenn derselbe den Versuch macht, Schriften wie das Kapital von Marx und ähnliche, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme erörtern, zu studiren. Und leider giebt es deren genug. Das Ergebnis einer solchen „Bildung“ ist gerade bei den Erörterungen im Reichstage in den Reden Bebel's zum Vorschein gekommen. Man versteht vollkommen, daß die besseren Elemente der sozialdemokratischen Partei sich nicht für ihr Leben damit begnügen, die Arbeiter, die ihr Vertrauen in sie setzen, mit der Versicherung abzuliefern, daß, wenn die Sozialdemokratie erst die herrschende Gewalt geworden ist, Alles, was heute den Arbeiter bedrückt, alle Schlichkeiten und Unvollkommenheiten dieser Welt verschwinden werden, daß die Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeitgeber aufhören wird und daß er den größeren Antheil an dem Ertrage der Arbeit, der ihm wünschenswerth erscheint, erhalten, daß die Noth der Armut ebenso wie der Ueberfluß des Reichthums einem bescheidenen, aber gleichmäßigen Wohlstand weichen wird u. s. w., daß sie sich auch ein wenigstens annähernd zutreffendes Bild von den Mitteln machen wollen, wie diese idealen Zustände in's Leben gerufen werden können. Ob Herr Bebel aus der Reichstagsdebatte mit der Ueberzeugung weggegangen ist, daß er bei der Lösung des Problems auf Irrwege geraten, wissen wir nicht. Wir glauben auch nicht, daß die Arbeiter selbst trotz aller ihrer „Intelligenz“ von der Unmöglichkeit der ihnen gemachten Versprechungen überzeugt worden sind. Aber für jeden unbefangenen

Urtheilenden haben die Erörterungen über den Zukunftsstaat klar gelegt, daß die Bebel'schen Vorstellungen von der Zukunft deshalb unmöglich sind, nicht weil sie „gebildete“ Arbeiter zu ihrer Durchführung voraussetzen, sondern weil sie von der Voraussetzung ausgehen, daß die Menschen im sozialistischen Zukunftsstaat anders und besser sein werden, als sie heute sind, daß die Gleichheit Aller nun auch alle gleich gut, tugendhaft, arbeitsam, ehlich u. s. w. machen werde. Ob das in Zukunft sein wird, wissen wir nicht; aber wenn solche Neugeburt der Menschheit möglich ist, weshalb soll sie nicht auch jetzt schon erreichbar sein? Und deshalb sollten die Herren Bebel u. Gen. endlich Hand anlegen, jetzt schon an einer wirklichen und ernsten Bildung der Arbeiter, die ihnen folgen, zu arbeiten, anstatt sie durch die Vorpiegelung, daß sie die beklagenswerthen Opfer des Eigennuzes, der Bosheit u. s. w. Anderer seien, zu verhegen und sie noch unzufriedener zu machen, als sie ohnehin schon sind. Gute, ehliche, fleißige und tüchtige Arbeiter werden den Zukunftsstaat besser vorbereiten, als die Pflege des Klassenhaßes. Hier wäre das Gebiet, auf dem die Arbeiter ihre Intelligenz beweisen können.

## Politische Uebersicht.

Eine wesentliche Besserung der politischen Lage bezeichnet die Londoner „Times“ nach Petersburger Meldungen als außer allem Zweifel stehend. Der Besuch des Zarwitsch in Wien und Berlin sei nur die äußerliche und sichtbare Bekätigung der zwischen den drei Kaiserthümern bewerkstelligten Annäherung gewesen; die Kriegsgefahr sei mithin auf ein Minimum reduziert. Ueberraschend möge zuversichtlich gesagt werden, daß während der letzten 10 Jahre niemals weniger Aussicht auf einen Conflict zwischen den Großmächten vorhanden gewesen ist als jetzt. In Londoner politischen und militärischen Kreisen werde betrefis der Zukunft die größte Zuversicht befaßt. Da ein Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich den bestmüthigsten Persönlichkeiten zufolge nicht bestehe, werde Oesterreich wie Italien eine Vermehrung ihrer Militärausgaben unterlassen können. Zugleich meldet das „Daily Chronicle“, daß die Friedenspartei jetzt die Oberhand am russischen Hofe habe. Die Aufnahme des österröisch-ungarischen Regierungsprogrammes ist, wie nachträgliche Berichte ergeben, eine wesentlich noch schlechtere gewesen, als anfangs angenommen wurde. Der Club der innerpolitischen Gelehrten erklärt gegenüber dem neuen Regierungsprogramm, daß er mit allen Mitteln die historische Autonomie der böhmischen Länder anstreben werde, da eine ruhige Entwicklung der Monarchie erst möglich sei, wenn die Forderungen des böhmischen Volkes verwirklicht worden seien. Alles in Allem wird die Regierung auch in Zukunft sich auf keine feste Regierungsmehrheit stützen können, sondern immer nur eine Mehrheit von Fall zu Fall haben, so daß man sich auf eine Fortsetzung der bisherigen Schaulustpolitik gefaßt machen kann. — In der innerpolitischen Lage Ungarns scheint sich ein Umschwung zu Ungunsten Weterles vorzubereiten. Die Vorgänge im Reichstage gestalten sich wieder recht unerfreulich. Schon die Sonnabend Sitzung verließ äußerst erregt. In der Montagsitzung spielten sich Zwischenfälle ab, die Besorgnisse einflößen. Der letzte Aufenthalt Weterles in Wien scheint parlamentarisch die Lage plötzlich verwandelt zu haben. — Die Reise des Hofes nach Pest, die noch vor Kurzem angefangen war, erscheint wieder zweifelhaft, was vielfach mit der unersüßlich gewordenen inneren politischen Lage in Zusammenhang gebracht wird. Eine neue französische Regierungskrise, welche diesmal infolge eines heftigen Ansturmes der Boulangeristen für den Bestand der Republik verhängnisvoll zu werden droht, ist am Mittwoch durch ein bemerkenswerthes Eingreifen Cavaignac's in der Deputirtenkammer abgewendet worden. Es handelte sich um eine Interpellation der Boulangeristen

über die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Mehrzahl der in der Panamaaffäre verwickelten Personen, besonders gegen Rouvier, woraus die Boulangeristen für sich Kapital zu schlagen suchten. Einbringer dieser Interpellation war der boulangistische Abgeordnete Gouffet, der inmitten einer lebhaften tumultuarischen Bewegung und fortwährend durch stürmische Zwischenfälle unterbrochen, das Verlangen stellte, daß da Rouvier eingeräumt, Panamagelder empfangen zu haben, die Regierung sich darüber aussprechen sollte, ob sie auf ihn den Artikel der Verfassung anwenden werde, welcher die Verantwortlichkeit der Minister zum Gegenstand habe. Gouffet erhob dabei die directe Beschuldigung gegen die Regierung, daß sie diese Einstellung nur aus Furcht vor Enthüllungen Rouvier's, mit denen dieser vor der Enquete-Commission und in den Wandbelangen der Kammer gedroht, veranlaßt habe. Gouffet hielt dabei Rouvier vor, daß er zugegeben habe, Geld von der Panama-Gesellschaft erhalten zu haben, wogegen dieser aber entriistet protestirte. Nachdem nun gegen Rouvier nicht strafgerichtlich vorgegangen werde, müsse derselbe auf andere Weise zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn die Kammer kein Mittel fände, um Rouvier politisch zu brandmarken, so würde sich das Land daran erinnern, daß Rouvier mit seinen Enthüllungen die Regierung bedroht habe. Unter heftigstem Lärm erhob Rouvier mehrfach gegen diese schweren Angriffe Einspruch und konnte nur mit Mühe von Gewalthätigkeiten gegen den Redner zurückgehalten werden. Der Justizminister Bourgeois ergriff unmittelbar das Wort, um die Ausuldigungen Gouffets gegen die Regierung zurückzuweisen, die er als für die Parlamentaristik unwürdige Schmähungen bezeichnete. Die Justiz habe in voller Unabhängigkeit gehandelt. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderische Gerüchte, es sei Zeit, laut zu verkünden, daß alle Bürger sich vor den Entscheidungen der Justiz zu beugen hätten. (Beifall.) Die Regierung habe Alles gethan, was sie thun müsse, sie sehe in der gestellten Frage offenbare Parteimänner. Sie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hand zu geben. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan, die Kammer werde die übrige thun. Unter großer Bewegung betrug nach diesen Erklärungen der republikanische Deputirte Cavaignac die Rednertribüne, um zunächst unter stürmischen Beifall das von Floquet und Rouvier geübte Verfahren während ihrer Ministerthätigkeit auf das entschiedenste zu brandmarken und zu fragen, was man gethan habe, um Mißbräuche, wie die Besetzung von Parlamentsmitgliedern für die Zukunft abzustellen. Cavaignac betonte aber dabei ausdrücklich, daß für das Geschehene nicht das Regime, sondern nur die Individuen verantwortlich zu machen seien, und wies damit unter lebhaftem Beifall die Ausbeutung des Panamashwindels gegen die Republik zurück. Cavaignac übte unerbittliche Kritik an dem Geschehenen und nannte die erfolgte Ausbeutung schmachvoll. Er erklärte, er zweifle nicht an dem guten Willen der Regierung, aber die Resultate zeigten nicht hin, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. (Stürmischer Beifall.) Man habe erklärt, gewisse Praktiken seien für die Existenz der Regierung notwendig. Dies sei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almosen oder Geschenke von den Finanzleuten, es sei nicht notwendig, daß die Regierung die Verteilung gewisser Summen überwahe. (Beifall.) Cavaignac brachte schließlich nachgehende Tagesordnung ein: „Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterdrückung aller Besetzungshandlungen zu unterstützen, ist entschlossen, die Wiederkehr regierungsseitiger Mißgeschäften zu verhindern, welche sie mißbilligt, und geht über die Interpellation zur Tagesordnung über.“ — Diese Tagesordnung wurde, nachdem sich ein minutenlanges stürmischer Beifall, vermisch mit begeisterten Zwischenrufen ausgetobt, mit 449 gegen 3 Stimmen angenommen. Weiterhin wurde mit 370

gegen 102 St. ein Antrag angenommen, nach welchem die Rede Cavagnacs in ganz Frankreich öffentlich durch Maueranschläge verbreitet werden soll. — Dies Eingreifen Cavagnacs in die Debatte war so functionell, daß man allgemein Cavagnacs als den Feind der Republik begriffen. Ob damit auch der Bestand des jetzigen Ministeriums gesichert geworden ist, muß noch abgewartet werden. Zweifellos bedeutet die angenommene Tagesordnung sicher kein Vertrauensvotum, und trotz anfänglicher Zustimmung hat das Ministerium doch nachträglich die Frage erwogen, ob es nicht seine Demission geben soll. Am Donnerstag fand diesbezüglich bereits ein Ministerrath statt, in welchem die Ansicht vertreten wurde, daß die Abstimmung aus einer vorübergehenden Verwirrung hervorgegangen sei. Die Minister erklärten sich solidarisch und sprachen die Ansicht aus, die nächste Gelegenheit zu ergreifen, um in ganz bestimmter Form eine Erklärung abzugeben, durch welche jeder Zweifel beseitigt würde. Vorläufig spricht die Auffassung des Verlaufs der Sitzung in den Pariser Blättern vom Donnerstag Morgen nicht sonderlich zu Gunsten der Regierung. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß das Hervortreten Cavagnacs eine tiefere politische Bedeutung habe. Cavagnacs ist bereits früherer französischer Marineminister gewesen, wurde aber nach seinem Sturz als Minister politisch todt gefast. Sein neuerliches Auftreten, namentlich nach dem ungetreuen Erfolg, den er gehabt hat, wird jetzt allgemein dahin aufgefaßt, daß er damit seine Candidatur für die Präsidentschaft der Republik aufgestellt habe. — Das am Donnerstag Nachmittag in dem Panama-Proceß verkündete Urtheil lautet auf 5 Jahre Gefängnis und je 3000 Francs Geldbuße gegen Ferdinand und Charles v. Lesseps, auf 2 Jahre Gefängnis und je 3000 Francs Geldbuße gegen Foneane und Cottu wegen betrügerischen Handlungen und Vertrauensmißbrauchs; gegen Eiffel auf 2 Jahre Gefängnis und 20 000 Francs Geldbuße wegen Vertrauensmißbrauchs.

Der römische Bankscandal hat eine Reise von die italienische Regierung höchst compromittirenden Gerichten gereizt, deren sich dieselbe nur schwer zu erwehren vermag. So wird jetzt verbreitet, daß der Finanzminister Crimalbi geäußert habe, er werde aus dem Kabinett austreten, besitze aber Material, um den Ministerpräsidenten Solliciti fast immer bloßzustellen. Wie die „Tribuna“ meldet, soll aus der Revision bei der Banca Romana hervorgehen, daß dieses Institut in seinen Portefeuilles veräußerte Wechsel im Betrage von nicht weniger als 100 000 Francs hatte, Wechsel, die zum Fälligkeitstermin nicht protestirt, vielleicht nicht einmal präsentirt worden sind. Außerdem sollen Wechsel im Gesamtbetrag von etwa zehn Millionen nicht eingetrieben werden können. Im Hinblick auf die bei der Banca Romana constatirten Unregelmäßigkeiten wird vielfach die Annahme der Banknoten dieses Instituts verweigert, obgleich die Regierung selbst in dieser Hinsicht verpflichtende Erklärungen abgegeben hat. Da auch hinsichtlich des Banco di Napoli neue beunruhigende Gerüchte verbreitet waren, hat bei der Revision bereits Bescheid festgestellt, daß, abgesehen von den durch Cenciello entwandten 2500 000 Francs, keinerlei Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Um die Unterschlagungen bei der Banca Romana so lange wie möglich zu verschleiern, hatte der Director Lanlongo in London die Anfertigung von Banknoten zum Betrage von mehreren Millionen bestellt. Der italienische Consul in London ist beauftragt mit der Aufgabe betraut worden, den genauen Betrag aller dort bei dem Hause Sanders zur Anfertigung bestellten Banknoten festzustellen, um zu constatiren, ob abgesehen von der verhinderten Emission von Banknoten im Gesamtbetrag von 40 Millionen Francs, andere heimliche Emissionen stattgefunden haben.

Im englischen Unterhause hat Gladstone am Mittwoch die erwartete Antündigung gemacht, daß er Donnerstag und Freitag die Suspendirung der Geschäftsordnung, wonach die Debatten um Mitternacht zu vertragen sind, beantragen werde, falls die Adreßdebatte dann noch nicht beendet sein sollte. Jesse Collings beantragte hierauf ein Amendement zur Adreßdebatte, in welchem dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in der Thronrede keine Maßregeln zur Gleicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter angeführt worden; dieselben seien dringlicher als die irische Homeule-Vorlage und sollten den Vorrang vor dieser haben. Samuelson bekämpfte das Amendement Collings und brachte einen Unterantrag ein, in welchem er den Dank dafür ausdrückt, daß die Thronrede die Aufmerksamkeit auf den Nothstand gelenkt habe, und in dem er versichert, das Parlament werde der Verbesserung des Zustandes der landwirthschaftlichen Bevölkerung seine Aufmerksamkeit widmen. Der Präsident der Localverwaltung Fowler wies die Beschuldigung Collings zurück, daß die Regierung den landwirthschaftlichen Arbeiter zu hintergehen wüßte; sobald die Homeule-Vorlage erledigt sei, würde sie die Durchführung der üb-

rigen Bill betreiben. Das Amendement Collings wurde schließlich mit 312 gegen 228 Stimmen verworfen.

Prinz Ferdinand von Bulgarien soll, wie in Belgrader diplomatischen Kreisen verlautet, seine Verlobung vorläufig noch aufheben wollen, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Wunsch einer Bulgarin und dem Fürsten wohlwollenden Macht, die bei zur Zeit alles vermieden wissen möchte, was in Petersburg peinlich berühren könnte.

Zur argentinischen Aufstandsbewegung meldet „Reuters Bureau“: Die Regierungstruppen haben 200 Anführer, welche sich der aufständischen Bewegung in der Provinz Santa Fe angeschlossen hatten, gefangen genommen. Dieselben wurden nach der Stadt Santa Fe gebracht, wo der Gouverneur sie in Freiheit setzte. Sämtliche Colonien in der Provinz haben sich gegen die neu eingeführte Steuer, welche die Unruhe veranlaßt, erklärt. — Einer Drahtmeldung aus Buenos-Ayres zufolge ist Escalante zum Minister des Innern ernannt worden.

## Deutschland.

Berlin, 10. Februar. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen Mittwoch Nachmittag wieder eine etwa einstündige Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Nach dem Schloß zurückgekehrt, empfing der Kaiser den Marinemaler Salmann. Am Abend begab sich das Kaiserpaar nach dem königl. Opernhaus zum Besuch des Subscriptionsballes. Gestern Vormittag begab sich das Kaiserpaar nach dem Rathshaus, um dort die Entwürfe zu einem Denkmal für die Kaiserin Augusta in Augenschein zu nehmen. Sodann arbeitete der Kaiser im Schloß mit dem Kriegsminister und mit dem Chef des Militärkabinetts. Am Nachmittag begab sich der Kaiser nach Potsdam, um einer Einladung des Director des 1. Garde-Regiments z. F. zur Tafel zu entsprechen. — Dem Vernehmen nach wird der Kaiser am 16. d. M. der Vorbereitung der Meuten der Nordsee anstehen. — Wie in Amsterdamer Hofkreisen verlautet, wird Kaiser Wilhelm auf seiner diesjährigen Reise nach England dem niederländischen Hofe einen neuen Besuch abstatten.

— Der Bundesrath trat Donnerstag Nachmittag zu einer Plenarsitzung zusammen. — Agitationen zu Gunsten der Militärvorlage. Der Telegraph hat dieser Tage die Meldung verbreitet, die deutsch-patriotische Verein in Glogau habe einstimmig beschlossen, die Erklärung des patriotischen Vereins zu Frankfurt a. M. zu Gunsten der Militärvorlage ganz und voll zu der seinigen zu machen. Wie wir vom Glogauer „Niederschl. Anz.“ entnehmen, beläuft sich die Zahl der Patrioten, welche diesen Beschluß einstimmig gefaßt haben, den Keller einbegreifend auf 10. Diese Zehnmännerversammlung, an deren Spitze der Major a. D., Gymnasiallehrer Dr. Wenes steht, hat ferner beschlossen, ihren Beschluß in der „Schles. Zig.“, der „Nordd. Allg. Zig.“, der „Köln. Zig.“, sowie durch das „Wolfsche Telegraph. Bur.“ zu veröffentlichen. Daber der Lärm.

— Ueber das Tragheitsmoment im deutschen Volke jammert das Organ des Grafen Caprioli, die „Nordd. Allg. Zig.“. Beide Kreise der Nation verzichten darauf, in der Militärvorlage klare Stellung für oder wider zu nehmen. Aber der ländliche Wähler habe zur Herbeileitung ein fast unbegrenztes Vertrauen. Mit seiner Hilfe hofft die „Nordd. Allg. Zig.“ den parlamentarischen Widerstand, wenn auch erst in letzter Stunde, brämsen zu können.

— (Colonialpolitik.) Major v. Wisznian war nach neueren Berichten Mitte November zu Planty, der schottischen Missionsstation ungefähr in der Mitte zwischen dem Sambesi und dem Nyassa, eingetroffen, östlich vom Schire, an jener Stelle, wo dieser Fluß nicht fahrbar ist. Bekanntlich will Wisznian seiner Schiffspepition voranzuleiten und eine Station am Nyassa errichten. — Ueber die Jagd auf Elephanten und Füllspiber hat der Gouverneur von Kamerun eine Verordnung erlassen, welche die gewerbsmäßige Ausübung dieser Jagd von der Lösung eines Erlaubnischeines abhängig macht. Für diesen Erlaubnischein ist eine Gebühr von 2 bis 5000 Mk. zu entrichten. Ebenso bedürfen auch nicht gewerbsmäßige Jäger, sofern sie nicht im Dienst des Schutzbezirks oder des Deutschen Reiches oder einer im Schutzgebiet angelegten Firma stehen, eines Erlaubnischeines, für den 200 bis 5000 Mk. zu entrichten sind.

## Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. Febr.) Der Reichstag beendigte am heutigen Schwerinstage die Beratung der sozialpolitischen Anträge Adermann und des Centrums. Der Abg. Adermann verlangte die Vorlegung gesetzlicher Bestimmungen, durch welche vorgeschrieben wird, daß aus der Versicherung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäftes das Geschäft und der Name des Versicherer entnommen sein muß, und demjenigen eine Strafe androht wird, der nach erlangter Zahlungsmöglichkeit Geschäfte auf

Credit macht, ohne den andern Theil zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu haben. Das letztere Verlangen fällt zusammen mit dem Antrage des Centrums wegen Abänderung der Concursordnung. Den ersten Punkt, die Firmenbezeichnung anlangend, wurden Seitens der Abg. v. Stamm, v. Bar und Schneider allerlei Zweckmäßigkeitsbeurtheilungen geltend gemacht. Dagegen wurde der Gedanke einer Verschärfung der Concursordnung, um die Gläubiger wirksamer gegen Schwindel und Betrug zu schützen, vollständig nur von dem sozialdemokratischen Abg. Hermès befaßt. Der freisinnige Abg. v. Bar legte zwar nicht, daß die bestehende Concursordnung nicht allen Bedürfnissen genüge, worüber aber davon, in ein juristisch-technisch so vortheilhaftes Geistes Verlage zu legen. In den Vorlesungen des Centrumsentwurfs glaubte er einen Widerspruch mit dem neuen Vorschlag vorlegen zu finden, und besonders entchieden sprach er sich gegen die Strafbestimmungen aus. Die Abgeordneten v. Stamm und Schneider (Sam) sprachen sich entgegenkommend gegen den Centrumsentwurf, der von den Abg. Rintelen und Grober vertreten wurde, aus, obwohl sie an den einzelnen Bestimmungen Manches anzufügen hatten. Schließlich wurden der Antrag Adermann sowohl wie der Entwurf des Centrums einer Commission überwiesen. Abdam wurde noch der von Abg. Rintelen vorgeschlagene Antrag über den die Consumvereine gesuchten Antrag Adermann wiederholt, und zwar auf Antrag des Abg. Richter durch Namensaufzählung. Der Antrag wurde mit 129 gegen 92 Stimmen angenommen. Die Minorität bestand aus den Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten. Abdam wurde noch der vom Abg. Rintelen vorgeschlagene Gesetzentwurf wegen Unterbrechung der Verhandlung freigegeben, die gesetzlicher Verhinderung der Straferlassung, nach einer längeren Bemüßung Seitens des sozialdemokratischen Abg. Stadthagen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen.

(Sitzung vom 9. Febr.) Der Reichstag setzte heute die Erörterung des Etats des Innern fort, wobei wiederum die Fabricinspectoratberichte das Hauptthema der Verhandlung bildeten. Sächlich wurde in der Debatte nichts von Interesse zu Tage gefördert; dagegen ließ persönliche Polemik mit unter, deren sich namentlich der Abg. Freiser von Stamm dem Abg. Dr. Hirsch gegenüber schuldig machte, welchem er den häufig unangenehmsten Vorwurf machte, nämlich die Meutereischen Arbeiter gegen ihren Vorkämpfer aufzuheben zu haben. Auf eine ernste Anfrage des Abg. Hirsch hinsichtlich der Sonntagstrafe für gewerbliche Arbeiter erklärte Staatssecretär v. Bötticher es für sehr bedauerlich, daß nach Sichtung des gesamten eingegangenen Materials dasselbe auch Arbeiten zur Prüfung vorgelegt werden würde. — Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 9. Febr.) Auf der Tagesordnung stand heute eine Petition des Directoriums des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen in Halle gegen den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Deutschland und Rußland. Die Petitionskommission hatte einstimmig beschlossen, die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen. Das genigte aber heute nicht mehr. Der Abg. Dr. Arendt beantragte, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung dahin zu übernehmen, daß sie bei den Verhandlungen mit Rußland dahin wirke, daß die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie (?) besser gewahrt werden als bei den Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, Spanien und der Schweiz. Das ist ein regelrechtes Mißtrauensvotum. Abg. Ricker beantragte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Klaffischer noch als der Antrag war die Begründung desselben durch den Abg. Popelitz, der als Vertreter der Glasindustrie dem Comitee bei den Verhandlungen mit Österreich — Geh Rath Suber — den Vorwurf machte, d. h. sie hätten sich nicht ernstlich bemüht, Äquivalente für die Herabsetzung der Getreidezölle zu erhalten. Abg. Ricker hielt eine materielle Discussion in Abwesenheit der Minister für unmöglich. Abg. Lieber verlangte einen schriftlichen Bericht der Commission. Dieser Antrag wurde mit 128 gegen 115 Stimmen (Nationalliberale, Freisinnige, Centrum, Polen) abgelehnt; ebenso der Antrag Ricker. Abg. Friedberg (natl.) beantragt die Anwesenheit der Minister auf Grund des Art. 60 der Verf. zu verlangen. Zwischen war der Finanzminister, der zufällig einer Sitzung der Untercommission der Steuercommission bedürfte, am Ministerlich erschienen, erklärte aber, daß er nicht im Stande sei, Namens der Regierung Stellung zu nehmen. Er warnte das Haus dringend, in Reichsangelegenheiten in dieser Weise einzugreifen. Ueberdies sei der Antrag Arendt ein Zabelstolz wegen ungenügender und Reichsregierung und den Reichstag. Mohly solle das kürzere die Warnung des Finanzministers nicht ohne Wirkung sein. Die Verhandlung gegen 28 Stimmen wurde beschlossen, die Verhandlung auszusetzen und die Anwesenheit der Minister zu verlangen. — Nächste Sitzung Montag.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat mit 8 gegen 4 Stimmen die Wahl des Abg. Alwardt im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde für gültig erklärt. Gegen die Gültigkeit stimmen die drei freisinnigen Mitglieder der Commission und der sozialdemokratische Abg. Bruhn, während Abg. Auer für die Gültigkeit stimmte. Nachdem alle Anträge des Referenten, Abg. Dir. Hermès abgelehnt worden, erklärte dieser, er sei nicht in der Lage, den Bericht an das Plenum zu erstatten. Auch der Correspondent, Abg. v. Hollauffer lehnte das Referat ab, weil er darauf nicht vorbereitet sei. Unter diesen Umständen mußte die Commission nach der Geschäftsordnung den Referenten wählen. Bei der Abstimmung fielen acht Stimmen auf Abg. Dir. Hermès, drei (freisinnige) auf den Abg. v. Hollauffer. Abg. Hermès wird demnach den Bericht an das Plenum erstatten. Die Vertretung des Beschlußes vor dem Plenum wird aber Sache der Mehrheit sein.

— Wie wir vernehmen, wird die württembergische Regierung die Einsetzung des Strafsenats gegen den Abg. Frh. v. Münch ablehnen, da es sich nicht um ein Strafsverfahren, sondern nur um die Vollstreckung eines rechtsgültigen Strafurtheils handelt.





**Parlamentarisches.**

— Die Militärcommission setzte am Mittwoch die Erörterung der Antwort auf die Richterischen Anträge fort. Die Steigerung der Ausgaben für den Pensionsfonds in den nächsten fünf Staatsjahren (vom 1. April 1894 ab) berechnet das Reichschazamt auf 10 Mill., die des Etats der Reichsschuld auf 8 Mill. Zum Marineetat hat das Reichschazamt mitgeteilt, daß die Durchführung des Planes von 1888 während der Jahre 1894/96 noch 1865 904 Mk. erfordert; ferner würden als einmalige Ausgaben in den nächsten fünf Jahren 18 287 000 Mk. in Aussicht zu nehmen sein; im außerordentlichen Etat etwa 70 Mill. In der Debatte erklärte Staatssecretär von Matsahn, von weitergehenden Plänen der Marineverwaltung — den Bau von vier großen Panzerschiffen, von denen Admiral Hollmann in der Budgetcommission gesprochen — wisse er noch gar nichts. Gegenüber einem Hinweis darauf, daß die Budgetcommission im Etat für 1893/94 17 Mill. Mk., welche für zwei große Trossendocks in Kiel gefordert waren, gestrichelt habe, meinte Staatssecretär v. Matsahn, er wisse nicht, ob der Bundesrath den Etat, wie er durch die Commission voraussichtlich beschlossen werde, annehmen oder ablehnen werde. Im ersteren Falle würde die Aufstellung allerdings geändert werden. Abg. Richter ist der Ansicht, man müsse eine jährliche Erhöhung des ordentlichen Marineetats um 2 1/2 Mill. mit Rücksicht auf den Flotten-erweiterungsplan von 1888 in Ansatz bringen. Dagegen erklärt der Director im Reichschazamt, Alsenborn, der Plan von 1888 sei nicht bindend, weder für die Regierung noch für den Reichstag. Eine Aenderung des Planes sei nicht erfolgt. Er berechnet, daß in den letzten fünf Jahren für Neubau und Ersatzbauten 80 Mill. Mk. verausgabt seien; im nächsten Etat seien 20 Mill. eingestellt; der Voranschlag für weitere 4 Jahre sei rein calculativ. Die Rechnung sei ziemlich hoch; die von der Budgetcommission beschlossenen Abstriche seien noch nicht berücksichtigt. Da der Staatssecretär v. Matsahn ausdrücklich erklärt, daß die über den Marineetat gemachten Mittheilungen lediglich nach den Materialien des Reichschazamts gemacht seien, beantragt der Abg. Richter, die Commission wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, auch die Reichsmarineverwaltung um eine Beantwortung der bezüglichlichen Fragen zu ersuchen. Von einer Erhöhung der Beamtenbesoldungen in den nächsten Jahren ist dem Staatssecretär v. Matsahn nichts bekannt. Bezüglich der Einnahme aus den Zöllen weist Abg. Dr. Buhl nach, daß der Ausfall aus der Erhebung der Getreidezölle in den Handelsverträgen (vom 1. Febr. 1892), der im Etat für 1893/94 auf 27 1/2 Mill. Mk. veranschlagt sei, auf 36 Mill. Mk. steigen würde, falls die Meistbegünstigungsklausel auch auf Rußland ausgedehnt werde. Dagegen berechnet er die Erleichterungen durch Verbilligung der Nahrungsmittel in Folge der Handelsverträge auf 225 Mill. Mk. Abg. v. Hammerstein nimmt hier Anlaß, gegen den Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland zu protestiren. Director im Reichschazamt Alsenborn ist der Ansicht, die Einnahmen aus den Zöllen würden im laufenden Jahre den Voranschlag um 21 Mill. Mk. übersteigen. (360 Mill. statt 329). Ueberhaupt sei ein Steigen der Zoll-einnahme zu erwarten. Nur der Einfluß der Ernte auf die Zoll-einnahmen lasse sich nicht voraussagen. Fort-wagen.

**Die Cholera-Epidemie im Saalkreise.**

Halle, 9. Febr. In der Provinzial-Irenenanstalt Nietleben sind im Laufe des Mittwoch (8. Febr.) 3 Personen als choleraverdächtig in die Untersuchungsstation eingeliefert worden; die Untersuchung ist bei ihnen ebenso wie bei den 2 vorgesehnen unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankten Pflegenden noch nicht beendet, doch scheint in keinem Falle wirkliche Cholera vorzuliegen. Von den früher Erkrankten sind gestern 2 gestorben. — In Lettin und Cröllwitz befinden sich die Kranken fortgesetzt auf dem Wege der Besserung, eine Verbreitung der Seuche hat in keinem der beiden Orte bisher stattgefunden. Der ganze übrige Saalkreis sowie die Stadt Halle sind vollständig seuchefrei.

Halle, 10. Febr. Im Laufe des gestrigen Tages ist in der Provinzial-Irenenanstalt Nietleben wieder eine Neuerkrankung noch ein Todesfall eingetreten. Auch choleraverdächtige Erkrankten sind nicht vorgekommen. Ebenso ist bei sämtlichen seit 6. Februar eingeschleppt. in die Untersuchungsstation als choleraverdächtig eingelieferten Personen constatirt worden, daß Cholera nicht vorliegt, sodaß also seit dem 5. Februar nur heute früh keine einzige Neuerkrankung mehr vorgekommen ist. 1 Cholera-Erkrankung ist noch vom 24. Januar nachzutragen. Die Patienten in Lettin und Cröllwitz befinden sich auf dem

Wege der Besserung. Von den genannten Orten abgesehen ist der gesammte Saalkreis ebenso wie die Stadt Halle seuchefrei.

**Provinz und Umgegend.**

† Halle, 8. Febr. In der Nacht zum 14. Jan. war, wie s. Z. berichtet worden ist, ein Anschlag gegen die Kasse eines im Coitoir der Kohlengrube „v. d. Heydt“ bei Ammendorf stehenden eisernen Selbstbranntes unternommen. Der bezw. die Thäter machten indes vergebliche Anstrengungen, da der Schrank allen Sprengversuchen gegenüber intact blieb. Schließlich mußten die Einbrecher sich wieder entfernen; um aber nicht leer von dannen zu gehen, wurden eine im Coitoir befindliche Weckeruhr und ein Paar Holschuhe mitgenommen. Die Weckeruhr wurde in Halle verkauft und die Verfolgung der dadurch gegebenen Spur führte zur Festnahme eines Arbeiters. Derselbe bestritt zwar, den Diebstahl begangen zu haben, hat sich aber bei seinen Aussagen in so belastende Widersprüche verwickelt, daß er der Thäterschaft voraussichtlich überführt werden wird.

† Eilenburg, 8. Febr. Folgender betrübender Fall dürfte Eltern und Erzieher von neuem warnen. Vor einiger Zeit, als die Kälte noch ihr strenges Regiment führte, wußte ein Kind ein anderes zu bewegen, mit der Zunge an einem eisernen Gaslaternenständer zu lecken. Die Junge blieb leben und es kostete viele Mühe, das Kind loszubekommen. Dabei wurden Theile der Zunge, hauptsächlich die Zungenbänder, stark beschädigt und das Kind mußte nach Leipzig in ärztliche Behandlung gebracht werden. Es ist aber dort, wie man der S.-Ztg. berichtet, den Verletzungen erlegen und in diesen Tagen beerdigt worden.

† Eisenach, 8. Febr. Beim Schneeschuhlaufen stürzte der hiesige Rechtsanwalt Kapfenstein so unglücklich, daß er an den Folgen des Unglücksfalles gestorben ist.

† Wittenberg, 8. Febr. Nachdem die Eise-decke der Elbe in vergangener Nacht um 2 Uhr, dem Drängen des langsam fließenden Wassers nachgehend, mit einem donnerähnlichen Krachen geborsten, setzte sich früh 5 Uhr das Eis in Bewegung. Vor dem mit etwa 70 Schiffen belegten Hafen setzte sich das Eis wieder fest und drückte das Wasser nach der Hafenseite zu. Hierbei wurden, nach der S.-Ztg., der Hamburger Eilkahn Nr. 1314 und ein mit Zucker beladener Kahn der „Kette“ auf das Land geschoben und sind dort auf der Zeitabahn der Hafenseite liegen geblieben. Ein dritter, mit Eisen beladener Kahn der Deisterreichischen Nordwest-Schiffahrtsgesellschaft, Nr. 55, Steuermann Holzfeuer, brach durch und ist vor dem Hafen gesunken. Ein viertes Fahrzeug, der große eiserne Kahn Nr. 5 der genannten Gesellschaft, Steuermann Baum, wurde losgerissen und trieb mit dem wieder losgebenden Eise ab, das auch drei Handkähne mitnahm und mehrere solche zerbrückte. Am rothen Berg unterhalb Klein-Wittenberg kam der Kahn wieder zum Stehen, brach dann aber die schnell angelegten Laxe und Ketten und trieb bis Apollensdorf, wo er led wurde und zu Grunde ging. Hiernach war die Elbe von der Brücke bis zur anhaltischen Grenze stromabwärts eisfrei. Hundert Schritte vor der Brücke aber hatte sich ein Eisstück gesetzt, der dort das Bett der Elbe bis zum Grunde ausfüllte, so daß das nachdrückende Wasser über die Ufer drängte und die oberhalb liegenden Dörfer in Gefahr brachte. Um 5 Uhr abends ging auch dieser Schuß los und trieb ab, so daß jetzt die ganze Elbe eisfrei ist. In den letzten Tagen haben 150 Arbeiter geküht, um die drohende Katastrophe zu verhindern, und die vor dem Hafen eingedrehten Fähr-zehnder zu bergen, doch war dies nicht mehr möglich. Einer der im Hafen liegenden Kähne hatte bei dem vor acht Tagen eingetretenen Fall des Wassers einen Theil seiner Ladung, für 18,500 Mk. Jute auf das Hafenufer abgeleiert, der jetzt durch das Wasser durchdringt und zum großen Theile entwerthet ist.

† Magdeburg, 7. Febr. Auf Einladung des Magistrats wird morgen Hr. Geh. Rath Prof. Dr. Koch aus Berlin hierher kommen, um von der sächsischen Behörde zur Verathung der Wasser-versorgung der Stadt Magdeburg eingesehnen Ausschusses auch in dieser Frage seinen durch reiche Erfahrungen erprobten Rath zu ertheilen. Die Herren Stadtrath Dr. Dehler und Stadt-Bauinspector Beer hatten bereits am Freitag in Berlin Gelegenheit, mit dem berühmten Gelehrten die für Magdeburg in Betracht kommenden Fragen eingehend zu besprechen und demselben Material zum Studium der Versorgung der Stadt mit Eis- und Brunnenwasser zugänglich zu machen. Herr Geh. Rath Koch war über die hiesigen Verhältnisse bereits ziemlich gut unterrichtet.

† Stendal, 9. Febr. In vergangener Nacht entgleiste auf hiesigem Bahnhof ein von Magdeburg einfahrender Eilküterzug. Mehr als 20

Wagen wurden dabei mehr oder weniger beschädigt, auch erlitt der Packmeister 3 an der erhebliche Quetschungen, ein Bremser wurden leicht verletzt. Mehrere Wagen waren wie Schachteln ineinander geschoben.

**Großes Brandunglück in Leipzig.**

Leipzig, 10. Februar. Unsere Stadt ist von einem fürchterlichen Brandunglück heimgesucht worden. In dem Restaurant Schäfer, Neumarkt 7, brach gestern Nacht 12 Uhr ein Brand aus, welchem, wie man der Hall. Ztg. berichtet, 6 Menschenleben zum Opfer gefallen sind und zwar 2 Frauen und 4 junge Männer, die sich wegen der rasenden Geschwindigkeit, mit der sich das Feuer ausbreitete, nicht mehr retten konnten. Mehrere andere Personen sind zum Theil schwer verletzt. Das Restaurant Schäfer, ein langes, schmales Local, war zu einer carnevalistischen Feier am Mittwoch, 7. Februar, abends mit Lannentreibern und anderen leicht Feuerfangenden Stoffen überreich decorirt. Der Raum war ziemlich gut befestigt und alles war in fröhlichster Stimmung. Circa um Mitternacht kam ein Gast auf den unheilvollen Einfall, einen Feuerwerkskörper zu entzünden, der den leichtesten Decorationsfäden zu nahe kam. Im Nu leuchteten die gerigen Flammen an den Wänden und der Decke entlang; binnen wenigen Minuten war das ganze Local ein loberndes Feuermeer! Nur mühsam vermochten die Gäste sich zu retten, da die Flammen auf einmal alles umhüllten. Kaum daß Einzelne noch im Stande waren, nach den abgelegten Kleidungsstücken zu greifen. Inzwischen hatten patrouillirende Polizeimannschaften das Feuer bemerkt und sofort die nahe Rathswache davon benachrichtigt, von der aus die Feuerwehre alarmirt wurde. Circa 15 bis 20 Minuten nach Ausbruch des Feuers übernahmen Mannschaften der rasch herbeigeleiteten Rathswache die Sicherheits- und Absperrungsdienst. Das Feuer verbreitete sich nun auch von dem langgestreckten sach-artigen Gastzimmer, dem eigentlichen Feuerherde, nach dem noch schmälern Hausflur, so daß die Rettung der noch im Hause befindlichen Menschen unmöglich schien. Die aufgeschreckten Bewohner des dreistöckigen Gebäudes standen angstvoll am Fenster, mit banger Sorge nach Rettung durch die Feuerwehre aussehend. Jurste aus dem Publikum, daß eine verthätige Haltung beobachtet, forderten zum ruhigen Ausbarren auf. Endlich, ca. 30 Minuten nach Ausbruch des Feuers, langte die erste Spritze mit Zubehör an, das späte Erscheinen hatte seinen Grund in dem Glatt-eis auf den Straßen. Nun erst konnte das Brand-object energisch unter Wasser genommen werden; inzwischen war auch die Maschinenleiter der Feuerwehre angekommen, sodas die geknagten Hausbewohner endlich wieder aufatmeten. Der Rettungsschlauch wurde an ein Fenster der dritten Etage angelegt und trat sofort in Function.

Allmählich, gegen 1/1 Uhr, ließ sich ungefähr ein Ueberbleibsel über die Größe des gräßlichen Unglücks gewinnen. Bei dem versuchten Rettungswerke durch Brandwunden arge verletzte Männer wurde der Rathswache transportirt und im engen Thorweg der benachbarten „Großen Feuerkugel“ gruppiert sich bald ein düsteres Bild. Auf untergelegten Decken betete man einen leblosen Körper, den die Feuerwehre aus dem hinteren von Quaal schier unzugänglichen Locale herausgeholt hatte, bald gefellte sich zu dem starren Körper noch ein anderer, dann ein dritter, bis sechs Menschen still und stumm neben einander lagen. Die Feuerwehreleute nahmen die ersten Wiederbelebungsversuche vor, jedoch leider ebenso vergeblich, wie die Hezge, die bald darauf erschienen. Circa 1 1/2 Uhr langte der erste Krankenwagen des Krankenhauses zu St. Jacob auf dem Hofe an, um seinen ersten Zweck zu erfüllen. Inzwischen war es den unablässigen Bemühungen gelungen, die jugendliche Tochter des Wirthes Herrn Schäfer, der in voller Verzweiflung herumirrte und seine Kinder suchte, zum Leben zurückzurufen. Das behauerswerthe Mädchen, ein hübsches Kind von 15 Jahren, war von gräßlichen Brandwunden bedeckt. Bald wurde auch sie von ihren Qualen durch den Tod erlöst. Es wurden insgesamt sechs Leiden nach dem sächsischen Krankenhause St. Jacob transportirt, vier junge Männer, eine Frau und das junge Mädchen. — Das Feuer selbst konnte gegen 4 Uhr morgens als benütigt angesehen werden.

Als die Person des Ueberlebten all dieses gräßlichen Unheiles ist der in Leipzig wohlbekannte 36-jährige Weinbändler Mar Kreschmar aus Leipzig ermittelt worden, der um die etwa gedachte Zeit das Schäfersche Local besuchte. Der Weinbändler zog hier einen Schwärmer aus der Tasche und entzündete ihn, eine Manipulation, die er zuvor schon im Vorsehnen Keller ausgeführt hatte, zum Glück ohne dort ein ähnliches Unheil anzurichten. Der aus dem Schwärmer sich ergießende Feuerregen erreichte einen von der Decke herabhängenden Korb mit Wachsbüchsen und im Nu stand die ganze übrige Decoration des Zimmers



# Merseburger Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Geschäftsstelle: Delstraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 30 Pfg. durch den Heraultträger. —  
1 Mark 85 Pfg. durch die Post.

No. 30.

Sonnabend den 11. Februar.

1893.

## Der gebildete Arbeiter.

Im Laufe der Reichstagsdebatten über die Befahrung des sozialistischen Zukunftsstaats, die sich eines geradezu überraschenden Interesses auch in den nichtsozialistischen Kreisen erfreuten, hat der Abg. Bebel die Verlegenheitsausrede gebraucht, daß von den jetzigen Bildungszuständen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung nicht auf die Zukunft geschlossen werden könne; nach Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung würde die Welt staunen über die Bildungsfähigkeit des Arbeiters. Er wollte damit die Ausführungen der Gegner widerlegen, daß die Einrichtungen, wie er sich dieselben unter der Herrschaft der Arbeiter vorstelle, der Natur des Menschen widerspreche. Nun zweifelt allerdings Niemand daran, daß die Arbeiter einer wesentlich besseren und umfassenderen Bildung fähig sind und auch bedürfen als diejenige ist, die ihnen in der Regel zu Theil wird. Aber daß darin bis zum Jahre 1898 oder etwas später, d. h. bis zu dem nach Ansicht der Bebel u. Gen. unvermeidlichen Zusammenbruch des bestehenden Staats ein großartiger Umschwung eintreten werde, ist mehr, als für verständige Menschen faßbar ist. Jedenfalls sollten die Führer der Partei, wenn sie wirklich die geistige und sittliche Ausbildung des Arbeiters zu fördern gewillt sind, in Zukunft andere Wege einschlagen, als sie bisher gegangen sind. Es ist ja an sich anzuerkennen, daß die Arbeiter vielfach sich mit einer gewissen Leidenschaft auf diejenigen Schriften werfen, die ihnen ein Bild von den Fortschritten der Naturwissenschaften, der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands und der anderen Völker bieten. Aber es geht ihnen, wie einem Menschen, der nicht schwimmen gelernt hat und unversehens in's Wasser geworfen wird. Der Strom des Wissens schlägt über ihren Köpfen zusammen. Unter Bildung versteht man doch etwas Anderes, als ein Zusammentragen von mühsam aufgerissenen Broden aus diesem oder jenem Buche oder eine nothdürftige Kenntniss der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch wer nicht schwimmen kann, wird sich vielleicht nothdürftig über Wasser halten; aber schwimmen lernen wird er nur allmählich und nur dann, wenn er noch die Bewegungen erlernt und übt, mittels deren er den Körper im Wasser zu bewegen vermag. Auch die intelligentesten Arbeiter werden über die nothdürftige Halbbildung nicht hinauskommen, wenn sie nicht methodisch die Denkfähigkeit und das Gedächtniss geübt haben. Vollends bedauerlich aber wird der Unwirth von Ideen, welche sich in dem Kopfe eines Angebildeten anhäufen, wenn derselbe den Versuch macht, Schriften wie das Kapital von Marx und ähnliche, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme erörtern, zu studiren. Und leider giebt es deren genug. Das Ergebnis einer solchen „Bildung“ ist gerade bei den Erörterungen im Reichstage in den Reihen Bebel's zum Vorschein gekommen. Man versteht vollkommen, daß die besseren Elemente der sozialdemokratischen Partei sich nicht für ihr Leben damit begnügen, die Arbeiter, die ihr Vertrauen in sie setzen, mit der Versicherung abzufressen, daß, wenn die Sozialdemokratie erst die herrschende Gewalt geworden ist, Alles, was heute den Arbeiter bedrückt, alle Schlichkeiten und Unvollkommenheiten dieser Welt verschwinden werden, daß die Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeitgeber aufhören wird und daß er den größeren Antheil an dem Ertrage der Arbeit, der ihm wünschenswerth erscheint, erhalten, daß die Noth der Armut ebenso wie der Ueberflus des Reichthums einem bescheidenen, aber gleichmäßigen Wohlstand weichen wird u. s. w., daß sie sich auch ein wenigstens annähernd zutreffendes Bild von den Mitteln machen wollen, wie diese idealen Zustände in's Leben gerufen werden können. Da Herr Bebel aus der Reichstagsdebatte mit der Ueberzeugung weggegangen ist, daß er bei der Lösung des Problems auf Irrwege geraten, wissen wir nicht. Wir glauben auch nicht, daß die Arbeiter selbst trotz aller ihrer „Intelligenz“ von der Unmöglichkeit der ihnen gemachten Versprechungen überzeugt worden sind. Aber für jeden unbefangenen



...über die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Mehrzahl der in der Panamaaffäre verwickelten Personen, besonders gegen Rouvier, woraus die dringlichsten für sich Kapital zu schlagen suchten. Inbringer dieser Interpellation war der boulangistische Abgeordnete Gouffet, der inmitten einer lebhaften parlamentarischen Bewegung und fortwährend durch stürmische Zwischenfälle unterbrochen, sein Verlangen stellte, daß, da Rouvier eingekerkert, anamagelber empfangen zu haben, die Regierung sich darüber aussprechen sollte, ob sie auf ihn den Artikel der Verfassung anwenden werde, welcher die Verantwortlichkeit der Minister zum Gegenstand habe. Gouffet erhob dabei die directe Beschuldigung gegen die Regierung, daß sie diese Einstellung nur aus Furcht vor Enthüllungen Rouviers, in denen dieser vor der Enquete-Commission und in den Wandelgängen der Kammer gedroht, veranlaßt habe. Gouffet hielt dabei Rouvier vor, daß er zugeben habe, Geld von der Panama-Gesellschaft erhalten zu haben, wogegen dieser aber entäußert protestirte. Nachdem nun gegen Rouvier nicht strafrechtlich vorgegangen werde, müsse derselbe auf andere Weise zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn die Kammer kein Mittel fände, um Rouvier politisch zu brandmarken, so würde sich das Land daran erinnern, daß Rouvier mit seinen Enthüllungen die Regierung bedroht habe. Unter heftigstem Lärm erhob Rouvier mehrfach gegen diese schweren Angriffe Einspruch und konnte nur mit Mühe von Gewaltsamkeiten gegen den Redner zurückgehalten werden. Der Justizminister Bourgeois ergriff unmittelbar das Wort, um die Anschuldigungen Gouffets gegen die Regierung zurückzudrängen, die er als für die Parlamentaristriebe unwürdige Schmähungen bezeichnete. Die Justiz habe in voller Unabhängigkeit gehandelt. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderische Gerüchte, es sei Zeit, laut zu verkünden, daß alle Bürger sich vor den Entscheidungen der Justiz zu beugen hätten. (Beifall.) Die Regierung habe Alles gethan, was sie thun müsse, sie sehe in der gestellten Frage offenbare Parteinahme vor. Sie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hand zu geben. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan, die Kammer werde die übrige thun. Unter großer Bewegung beugte nach diesen Erklärungen der republikanische Deputirte Cavaignac die Rednertribüne, um zunächst unter stürmischen Beifall das von Floquet und Rouvier geübte Verfahren während ihrer Ministerthätigkeit auf das entschiedenste zu brandmarken und zu fragen, was man gethan habe, um Mißbräuche, wie die Beschuldigung von Parlamentaristgliedern für die Zukunft abzuküpfeln. Cavaignac betonte aber dabei ausdrücklich, daß für das Geschehene nicht das Regime, sondern nur die Individuen verantwortlich zu machen seien, und wies damit unter lebhaftem Beifall die Ausbeutung des Panamaschwindels gegen die Republik zurück. Cavaignac übte unerbittliche Kritik an dem Geschehenen und nannte die erfolgte Ausbeutung schmachvoll. Er erklärte, er zweifle nicht an dem guten Willen der Regierung, aber die Resultate zeigten nicht hin, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. (Stürmischer Beifall.) Man habe erklärt, gewisse Praktiken seien für die Existenz der Regierung nothwendig. Dies sei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almosen oder Geschenke von den Finanzleuten, es sei nicht nothwendig, daß die Regierung die Vertheilung gewisser Summen überwache. (Beifall.) Cavaignac brachte schließlich nachstehende Tagesordnung ein: „Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterdrückung aller Besetzungshandlungen zu unterstützen, ist entschlossen, die Wiederkehr regierungsfeindlicher Nachrichten zu verhindern, welche sie mißbilligt, und geht über die Interpellation zur Tagesordnung über.“ — Diese Tagesordnung wurde, nachdem sich ein minutenlanges stürmischer Beifall, vermehrt mit begeisterten Zwischenrufen ausgetobt, mit 449 gegen 3 Stimmen angenommen. Weiterhin wurde mit 370

...über die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Mehrzahl der in der Panamaaffäre verwickelten Personen, besonders gegen Rouvier, woraus die dringlichsten für sich Kapital zu schlagen suchten. Inbringer dieser Interpellation war der boulangistische Abgeordnete Gouffet, der inmitten einer lebhaften parlamentarischen Bewegung und fortwährend durch stürmische Zwischenfälle unterbrochen, sein Verlangen stellte, daß, da Rouvier eingekerkert, anamagelber empfangen zu haben, die Regierung sich darüber aussprechen sollte, ob sie auf ihn den Artikel der Verfassung anwenden werde, welcher die Verantwortlichkeit der Minister zum Gegenstand habe. Gouffet erhob dabei die directe Beschuldigung gegen die Regierung, daß sie diese Einstellung nur aus Furcht vor Enthüllungen Rouviers, in denen dieser vor der Enquete-Commission und in den Wandelgängen der Kammer gedroht, veranlaßt habe. Gouffet hielt dabei Rouvier vor, daß er zugeben habe, Geld von der Panama-Gesellschaft erhalten zu haben, wogegen dieser aber entäußert protestirte. Nachdem nun gegen Rouvier nicht strafrechtlich vorgegangen werde, müsse derselbe auf andere Weise zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn die Kammer kein Mittel fände, um Rouvier politisch zu brandmarken, so würde sich das Land daran erinnern, daß Rouvier mit seinen Enthüllungen die Regierung bedroht habe. Unter heftigstem Lärm erhob Rouvier mehrfach gegen diese schweren Angriffe Einspruch und konnte nur mit Mühe von Gewaltsamkeiten gegen den Redner zurückgehalten werden. Der Justizminister Bourgeois ergriff unmittelbar das Wort, um die Anschuldigungen Gouffets gegen die Regierung zurückzudrängen, die er als für die Parlamentaristriebe unwürdige Schmähungen bezeichnete. Die Justiz habe in voller Unabhängigkeit gehandelt. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderische Gerüchte, es sei Zeit, laut zu verkünden, daß alle Bürger sich vor den Entscheidungen der Justiz zu beugen hätten. (Beifall.) Die Regierung habe Alles gethan, was sie thun müsse, sie sehe in der gestellten Frage offenbare Parteinahme vor. Sie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hand zu geben. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan, die Kammer werde die übrige thun. Unter großer Bewegung beugte nach diesen Erklärungen der republikanische Deputirte Cavaignac die Rednertribüne, um zunächst unter stürmischen Beifall das von Floquet und Rouvier geübte Verfahren während ihrer Ministerthätigkeit auf das entschiedenste zu brandmarken und zu fragen, was man gethan habe, um Mißbräuche, wie die Beschuldigung von Parlamentaristgliedern für die Zukunft abzuküpfeln. Cavaignac betonte aber dabei ausdrücklich, daß für das Geschehene nicht das Regime, sondern nur die Individuen verantwortlich zu machen seien, und wies damit unter lebhaftem Beifall die Ausbeutung des Panamaschwindels gegen die Republik zurück. Cavaignac übte unerbittliche Kritik an dem Geschehenen und nannte die erfolgte Ausbeutung schmachvoll. Er erklärte, er zweifle nicht an dem guten Willen der Regierung, aber die Resultate zeigten nicht hin, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. (Stürmischer Beifall.) Man habe erklärt, gewisse Praktiken seien für die Existenz der Regierung nothwendig. Dies sei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almosen oder Geschenke von den Finanzleuten, es sei nicht nothwendig, daß die Regierung die Vertheilung gewisser Summen überwache. (Beifall.) Cavaignac brachte schließlich nachstehende Tagesordnung ein: „Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterdrückung aller Besetzungshandlungen zu unterstützen, ist entschlossen, die Wiederkehr regierungsfeindlicher Nachrichten zu verhindern, welche sie mißbilligt, und geht über die Interpellation zur Tagesordnung über.“ — Diese Tagesordnung wurde, nachdem sich ein minutenlanges stürmischer Beifall, vermehrt mit begeisterten Zwischenrufen ausgetobt, mit 449 gegen 3 Stimmen angenommen. Weiterhin wurde mit 370